

mai 2004

nr. 42

moritz

das greifswalder studentenmagazin



Greifswald neuer Atommüllhafen?

Ehemaliges AKW Lubmin: Zwischen Faszination und Horrorvision

Impressum

moritz – Studentische Medien Greifswald

Wollweberstraße 4, 17487 Greifswald
Tel: 0 38 34 / 86 17 59 (Reda); -58 (GF)
Fax: 0 38 34 / 86 17 56;
e-mail: moritz@uni-greifswald.de

Chefredakteur: Norman Gorek

Stellvertreter: Alexander Böber

Geschäftsführer: Fabian Maus

Stellvertreter: Matthäus Seeborg-
Elverfeldt

Herausgeberin: Studierenden-
schaft der Universität Greifswald
(ASTA, Rubenowstraße 1, 17487
Greifswald)

V.i.S.d.P.: Norman Gorek

Redaktion: Florian Benckenstein
(flo), Alexander Böber (AB), Finn
Breyer (finn), Kai Doering (ring),
Alina Götze (aliG), Norman Gorek
(nogo), Mirko Gründer (MiG.), An-
nett Habermann (nett), Claudia
Hänchen (cla), Arvid Hansmann
(aha), Juliane Hesse (juli), Delia
Holm (dee), Sebastian Jabbusch
(sj), Melchior Jordan (mel), Joel
Kaczmarek (jmk), Jessyca Keil
(jazzy), Laura Keßler (kess), Julia
Kindt (juki), Ulrich Kötter (UK),
Verena Lilge (lil), Katja Neichel
(kat), Yvonne Mathei (yvo), Sarah
Rieser (sari), Nikolaus Roos (kola),
Uwe Roßner (ur), Anne Schuldt
(enna), Katja Staack (tja), Britta
Voß (boß), Eric Wallis (ede)

Gestaltung: Norman Gorek, Ulrich
Kötter

Titelbild: Sebastian Jabbusch

Zeichnungen: Franziska Salopiata

Anzeigen: Geschäftsführung

Druck: Druckhaus Panzig,

Studentenberg 1a, 17489 Greifswald

moritz erscheint während des Semes-
ters monatlich in einer Auflage von der-
zeit 3.000 Exemplaren.

Anzeigen- und Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe ist der 16. Juni. Die
nächste Ausgabe erscheint am 30. Juni.

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugs-
weise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Re-
daktion. Die Redaktion behält sich vor, eingereichte
Texte und Leserbriefe redaktionell zu bearbeiten.
Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leser-
briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Re-
daktion wieder. Die in Artikeln und Werbeanzeigen
geäußerten Meinungen stimmen nicht in jedem Fall
mit der Meinung des Herausgebers überein. Alle
Angaben sind ohne Gewähr.

And I just hope that you can forgive us / But everything must go



Nicht nur in der Greifswalder Mensa, auch im Willy-Brandt-Haus liegt der moritz aus. SPD-Generalsekretär Klaus-Uwe Benneter ist begeistert. Foto: UK

Hallo Leute!

Dick ist schön! moritz präsentiert sich von dieser Ausgabe an in neuem Gewand. Da sollte auch der Inhalt nicht zu kurz kommen: Mit 80 Seiten ist dies die Rekordausgabe meines Studentenmagazins. Allerdings dürftet ihr es nun nicht mehr schaffen, den moritz während einer einzigen Vorlesung durchzulesen...

Im Titelthema geht es uns diesmal um das gute alte Atomkraftwerk in Lubmin. Was die Moritze da herausgefunden haben, schlägt dem Castor-Fass den Boden aus.

Womöglich wird in Zukunft sogar Atommüll in unsere Gefilde verschickt. Doch trotz aller Kritik konnte ich mich der Faszination des AKW nicht entziehen.

Natürlich habe ich auch die Hochschulpolitik nicht zu kurz kommen lassen und auch ein breitgefächertes Feuilleton auf die Beine gestellt. Und nebenbei dem „Playboy“ etwas Nachhilfeunterricht erteilt.

Viel Spaß –

*Euer
Moritz*

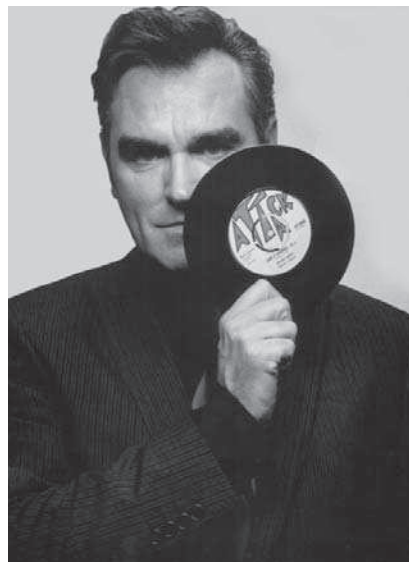


moritz gelesen? Nachgedacht? Meinung schreiben!
moritz@uni-greifswald.de, Betreff: Leserbrief



Dinosaurier 8

Das Gelände des AKW Lubmin beflügelt so manche Vision. *moritz* über einen faszinierenden und recht lebendigen Dinosaurier.



Dandy 35

Nach sieben Jahren Funkstille hat Morrissey nun sein neues Album "You Are The Quarry" veröffentlicht. *moritz* hörte rein.



Dekan 60

... der Philosophischen Fakultät ist seit kurzem Prof. Manfred Bornewasser. Im *moritz*-Gespräch zeigte er sich „voller Tatendrang“.

titel

Nur „Zufälle“? – Die Atomlobby errichtet in Lubmin einen Atommüllhafen	10
Atomkraft in Deutschland	17
Wie funktioniert ein AKW?	18
Glossar: Castor ohne Pollux	19
Im Herzen des Reaktors – Faszination Atomkraftwerk	20
Wohnungsbau im Zeichen des AKW – Schönwalde	24

rubriken

Impressum	3
Editorial	3
Leserbriefe	6

playmoritz

Hübsche Studentinnen	72
Reime: Ein Bildungsausflug	74
m. trifft: Egon Kühl	75
Kreuzmoritsel	76
Friedhelm – Hasch mich!	77

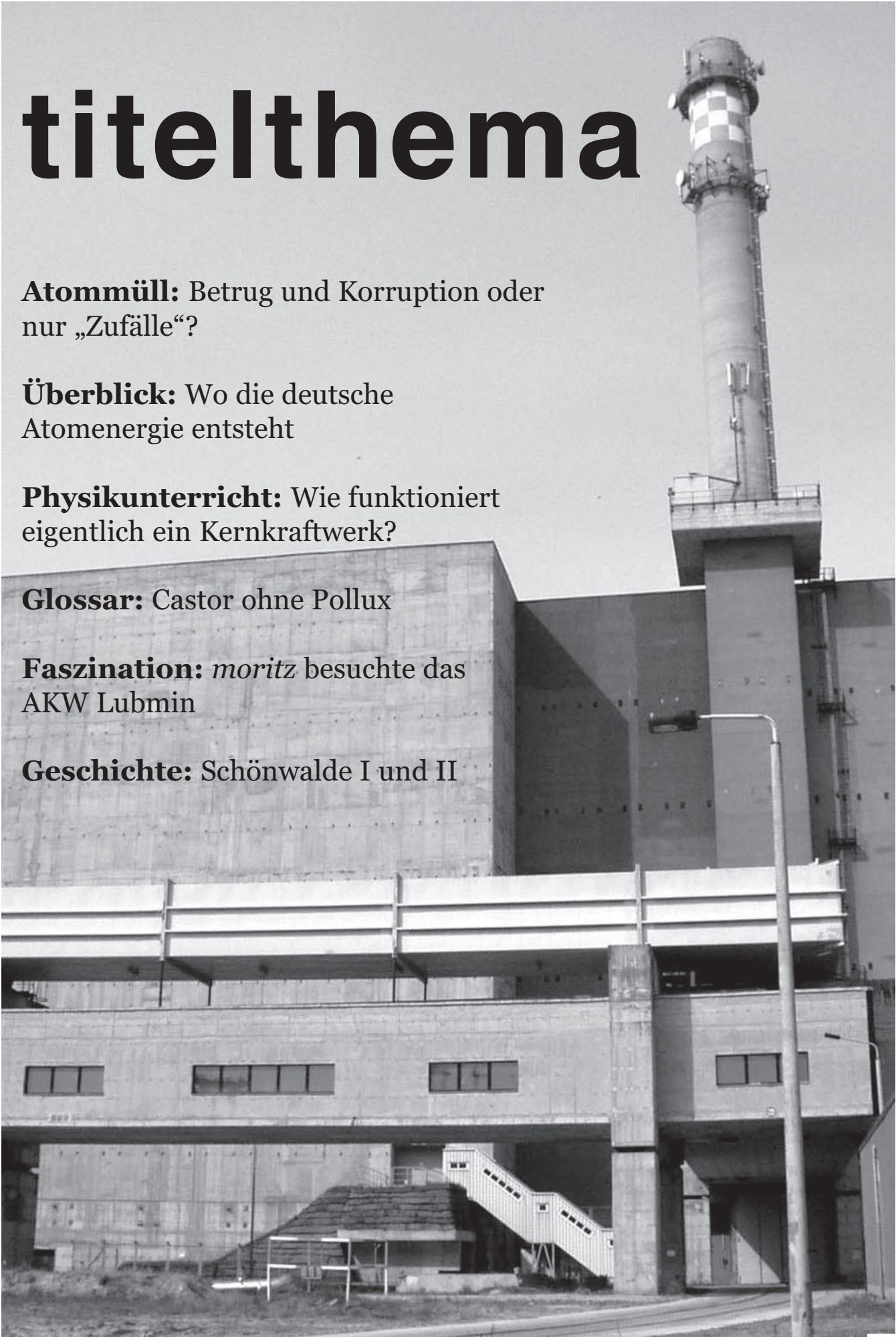
feuilleton

Berlinale – Stars und Studenten	28
Kino: „Schultze gets the blues“, „Kill Bill“, „Troja“	30
DVD: „Bad Boys II“, „Findet Nemo“, „Fluch der Karibik“	32
Kino ohne Kant	33
Theater: „Johannfeuer“	34
Musik: Morrissey – „You Are The Quarry“	35
Musik: Anastacia, The Streets, Eric Burdon, Keane	36
Musik: Detroit Blues	38
Musik: Torun Eriksen, Paco de Lucia, Alexander-Sergei Ramirez, Agnetha Fältskog, Festspiele	40
Musik: Krach live	42
Sport: Deutscher Fußball – Quo vadis?	44
Literatur: Updike, O’Nan, Frise	46
Porträt: Dalí	48
Computer Games: „Port Royale II“, Radio 98eins	49
Bericht: Londons Angst vor Damenhandtaschen	50
Arvids Kolumne: Das neue Mittelalter	78

politik

Kurznachrichten: Neubesetzungen, Sportwissenschaft, Kreditvergabe, StuPa-Präsident	54
Die Kiste – Aus Alt mach Neu	55
Auf ein Neues – StuPa-Wahlen	56
Kommentar: Wahlen	59
Interview: Prof. Bornewasser – „Wir müssen uns vernetzen“	60
Interview: Felix M. Prokoph – Neuer Dekan, alte Probleme?	62
Ein überrollter Schwan – Das Institut für Politikwissenschaft	63
Zurück in die Schule – Studenten lehren die Kommunalwahl	64
Erstsemesterwoche – Bilanz	65
Uni-Bibliothek feiert das 400. Jubiläum	66
SMS-Evaluation bei den Medizinerinnen	67
Diplomatie für Fortgeschrittene – NMUN in New York	68
Familienzuwachs – Die EU-Osterweiterung	69
Gründerprojekt – Studenten stellen Gourmet-Pass vor	70

titelthema



Atommüll: Betrug und Korruption oder nur „Zufälle“?

Überblick: Wo die deutsche Atomenergie entsteht

Physikunterricht: Wie funktioniert eigentlich ein Kernkraftwerk?

Glossar: Castor ohne Pollux

Faszination: *moritz* besuchte das AKW Lubmin

Geschichte: Schönwalde I und II

Betrug und Korruption oder nur „Zufälle“?

Während der Landesregierung ein Arbeitsplatzwunder in Lubmin vorgegaukelt wird, lässt sich die Atomlobby auf Kosten des Steuerzahlers einen 32 Millionen Euro teuren Atommüllhafen errichten / Von Sebastian Jabbusch

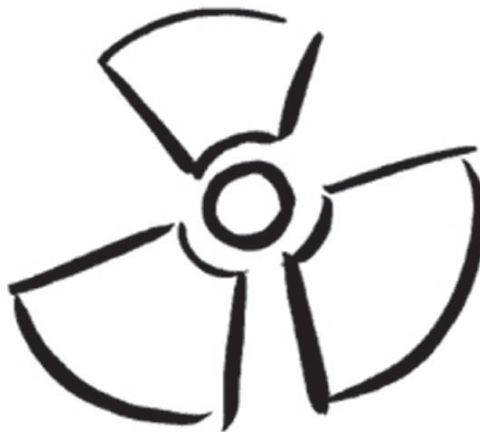
■ Es ist ein großer Feiertag für die Universität: Nach vier Jahren Sitzplatzmangel eröffnete der erste Hörsaal, in dem endlich jeder Student seinen eigenen Sitzplatz bekommt. 750.000 Euro kostet der Umbau der Makarenkostraße und würde man die absurde Verschwendung von Steuergeldern direkt vor den Toren unserer Hansestadt nicht kennen, könnte man sich freuen. Leider kennen wir sie. Es sind stolze 32 Millionen Euro, die in Form von Beton und Sand in der Ostsee versenkt wurden. Damit hätte man immerhin 42 neue Hörsäle bauen können, für jedes Institut einen eigenen. Wohin fließen also die so dringend benötigten Finanzen? In aussichtsreiche, zukunftssträchtige Projekte?

Arroganz der Macht

Es ist eine kleine Geschichte, die sich um einen Hafen dreht, der eigentlich gar keiner sein darf und trotzdem so genannt wird, eine geschickte Verschleierungstaktik von großen Männern, die mit Atommüll viel Geld verdienen wollen, eine Geschichte um Gemeindevorsteher, die den Blick für die Wirklichkeit verloren haben, Anwohner, die erfolglos gegen Mauern anrennen und sich dabei ständig blutige Nasen einholen. Eine Geschichte über nationale und internationale Interessen, eine Geschichte über Politik, Arroganz der Macht, Industriean siedlung und Irreführung. Kurzum: Der ganz normale Wahnsinn. Doch diese Geschichte spielt sich noch heute in Greifswald ab. Sie ist furchtbar deprimierend und dabei so verrückt, dass sie schon wieder amüsant sein könnte. Im Übrigen ist nichts davon belegbar, wie immer hat

eigentlich niemand Schuld, konnte niemand „diese“ Entwicklung vorhersehen und die Hoffnung auf Besserung ist schon per se ausgeschlossen...

Unsere Geschichte nimmt ihren Anfang in den 70er Jahren. Damals errichtete der sozialistische Einheitsstaat in der kleinen Gemeinde Lubmin, direkt am Greifswalder Bodden, ein Atomkraftwerk. Doch im vereinten Deutschland entsprach das AKW nicht mehr den Sicherheitsanforderungen. Noch inner-



halb eines Jahres setzte sich auf Bundesebene die Ansicht durch, dass die ostdeutschen Kraftwerke Rheinsberg (nördlich von Berlin) und Greifswald abgeschaltet werden müssen. Eine Horrormeldung für die Beschäftigten und die gesamte Stadt.

Ein Schock, der bis heute nachwirkt.

Bei den Energiewerken Nord (EWN) sind von den einst 10.000 Mitarbeitern nur noch etwas mehr als 1.000 geblieben. Die Arbeitsplatzverluste des Kernkraftwerks wurden nie aufgefangen, die

Arbeitslosigkeit in Greifswald liegt bei etwa 22 Prozent. Wie auch andere ostdeutsche Städte kämpft Greifswald mit den Folgen: „Verdummung, Vergreisung, Verarmung“ (siehe SPIEGEL-Artikel vom April 04). Die beiden Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg werden seit 1995 zurückgebaut. Die ehemaligen Mitarbeiter zerlegen ihre vormals eigene Arbeitsstätte. Dieses weltweite Pilotprojekt hat bisher – nach unterschiedlichen Angaben – zwischen eineinhalb und drei Milliarden Euro an Bundesmitteln verschlungen. Finanziert wird dies direkt und ausschließlich von Bundesministerium für Finanzen, dem die EWN zu 100 Prozent gehören. Die Reste des Rückbaus werden im Zwischenlager Nord (ZLN, Eröffnung 1998), eingelagert, dort verarbeitet und zum Teil an Metallschrotthändler geliefert. Dies ist ein gewollter, von allen Beteiligten getragener, politischer Konsens.

Und dies ist auch das Ende des Konsens und der eigentliche Beginn der Geschichte.

Im Zentrum des Konflikts steht die Nachnutzung der Fläche des ehemaligen Atomkraftwerkes „Bruno Leuschner“ (siehe Grafik rechts) und die Frage, ob Lubmin ein Standort für Atom- und Industriean siedlung sein soll. Das Gelände ist etwa 300 Hektar groß, von denen noch etwa 200 Hektar durch alte Reaktor- und Verwaltungsgebäude besetzt sind.

Für diese Fläche haben die Energiewerke Nord, die neben dem Rückbau des KKW auch mit der Neuan siedlung von Industrie beauftragt sind, eine Super-Vision: Den „Synergiepark Lubminer Heide“. Den Grundstein sollen ein bis drei Gaskraftwerke legen, die Strom und Wärme für energieintensive Betrie-

be liefern. Das Industriegebiet soll in westlicher Richtung um 100 Hektar über das EWN-Gelände hinaus erweitert werden. Dort könnten dann zum Beispiel ein Sägewerk, Aluminium-, Stahl- oder Betriebe der Keramikindustrie angesiedelt werden. Dieter Rittscher, Geschäftsführer der Energiewerke, sprach in der Ostsee-Zeitung schon von bis 1500 neuen Arbeitsplätzen.

Die Horrorvision

Als Rittscher den Lubminern Bürgern am 2. Februar 2000 den ersten Entwurf des "Bebauungs-Plans" vorstellte, war jedoch niemand begeistert. Hier stellte man sich schnell eine Super-Horrorvision zusammen. Das Industriegebiet soll bis zu 200 Meter an das Seebad heranreichen. Lubmin jedoch ist ein verträumtes Dorf mit 1800 Einwohnern und 800 Gästebetten, das den Touristen durch seine Beschaulichkeit, viele Bäume und idyllische Sandstraßen in Erinnerung bleibt. Die Befürchtung, dass ein Sägewerk oder an- und abfahrende Lastwagen das romantische Vogelzwitschern übertönen könnten, ist nur allzu verständlich. Zudem müssten für die Wester-

weiterung des Industrieparks mindestens 50 Hektar Küstenwald gerodet werden. Die Gaskraftwerke sollen gar in einem bestehenden EU-Vogelschutzgebiet entstehen. Dieter Rittscher wurde nach der Vorstellung von den versammelten Bürgern ausgebuht und hat seitdem an keiner öffentlichen Diskussion mehr teilgenommen. Noch im selben Monat gründete sich die Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide e.V.“ (BI ZLH), die sich zum Ziel setzte, den Küstenwald zu schützen und den errungenen Seebadtitel zu bewahren. Die weitere, sich inzwischen über vier Jahre erstreckende, Diskussion über die Industrieansiedlung wäre nicht so interessant, wenn Bundes- und Landesregierung nicht Millionensummen in dieses Stück Land gesteckt hätten, obwohl selbst der Laie erkennt, dass Lubmin ein denkbar schlechter Standort für Industrieansiedlung ist. Eine stillgelegte Schiene und eine Landesstraße mit mehreren Ortskerndurchfahrten führen zum zukünftigen Schwerindustriegebiet. Bundesstraßen und Autobahnen sucht man vergebens. Spätestens aber die „zufällige“ Existenz des größten deutschen Atommüll-Zwischenla-

gers auf dem Gelände, welches „zufällig“ noch tausende Kubikmeter frei hat, erregt die Aufmerksamkeit des verspielten Armageddon-Propheten. Garniert werden die Ängste mit Verbindungen der EWN zur Atomlobby, lokalen Seilschaften zwischen Wirtschaft und Politik und allerlei mysteriösen Widersprüchen und Geheimniskrämerei rund um den Bau eines Hafenbeckens, das bis heute nicht als solches genehmigt ist. AKW-Gegner mit entsprechender Weltuntergangstheorie-Neigung wissen zudem, dass eine große Menge deutscher Atommüll in den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield zur Abholung (vorzugsweise per Schiff) bereit liegen. Doch wer sich gegen die EWN wehrt, wird unter Druck gesetzt. Und die Presse wird mit bunten Informationsmappen und ausweichenden Auskünften befriedigt.

Verschleierung

Was wirklich in Lubmin geplant ist, wird wohl, bis es in die Tat umgesetzt ist, der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Fest steht nur, dass die Bürger aus Greifswald und Lubmin darauf am wenigsten Einfluss haben



Großindustrie im Seebad? Dieser Bebauungsplan für den „Synergiepark Lubminer Heide“ soll Investoren anlocken. Doch die geplante Abholzung des Küstenwaldes sorgt für den Widerstand der Bürger Lubmins.

Grafik: EWN



Für jede Tonne hochradioaktiven Mülls, den Deutschland in die Wiederaufbereitungsanlage schickt, kommen zusätzlich 10 Tonnen schwachradioaktiver Müll zurück. Eine gewaltige Menge, die bis heute nicht abgeholt wurde...

Aufgrund hoher Transportkapazitäten und billigen Sicherungsmaßnahmen bietet sich ein Transport mit Hochseeschiffen an.

und bis heute weder informiert oder gar gefragt wurden.

Doch eins nach dem anderen: Nach 15 Monaten Bauzeit ragt seit Dezember letzten Jahres direkt in das geplante Industriegebiet ein moderner Hochseehafen hinein. Geplant und beantragt wurde er von den EWN als „Sanierung des alten Kühlwasserkanals“.

Die EWN verbinden im Genehmigungsverfahren die Sanierung des Kanals mit dem Neubau der Gaskraftwerke, die ebenfalls Kühlwasser bräuchten. Es bleibt jedoch unklar, warum für die Kühlung von acht geplanten KKW-Blöcken der bisherige Kanal ausreichend war, wohingegen die beiden geplanten Gas-und-Dampf-Kraftwerke einen „Auslaufkanal mit Einlaufbecken“ benötigen, dessen Kanalquerschnitt etwa das 5-fache des alten Kanals beträgt. Die Bürgerinitiative aus Lubmin errechnet aus dem Vergleich der Zahlenkolonnen eine mindestens zehnfache Überdimensionierung des Kühlwasserkanals. „Im Grund hätten sogar etwas größere Rohrleitungen in die Ostsee ausgereicht“, so Dr. Klaus Kühnemann, Vorsitzender der Bürgerinitiative, Bauingenieur und promovierter Wasserwirtschaftler.

Kein Hafen, "schiffbarer Kühlwasserkanal"!

Warum wird der Hafen von den EWN nie Hafen genannt, obwohl es sich augenscheinlich um einen solchen handelt? So sind beispielsweise auf den Expo2000-Projektplänen für den Synergiepark bereits große Schiffe im Kühlwasserkanal eingezeichnet. Selbst im Genehmigungsantrag finden sich Hinweise: so ist zum Beispiel die Rede von einer „gespundeten“ Bauweise der Böschung, damit „die Wellenschlagung für Boote des Bundesgrenzschutzes günstiger sei“. Was Boote des Bundesgrenzschutzes in einem Kühlwasserkanal verloren haben, wird nicht erklärt. Das der Bundesgrenzschutz für die Sicherheit bei Atommülltransport zu Lande und zu Wasser zuständig ist, ist natürlich völlig „zufällig“ und hier „zusammenhangslos“.

Der Hafen – pardon – der „schiffbare Kühlwasserauslaufkanal“ wurde von 32 auf 107 Meter verbreitet und von 4,5 auf 7 Meter vertieft. Zum KKW-Gelände hin erstreckt sich der Kanal zum Hafenbecken ... ähm ... „Kühlwasser-Einflussbecken“ mit den beeindruckenden Maßen von 230 mal 175 Meter. So können hier

jetzt „völlig zufällig“ Containerschiffe der Europa-Klasse (80 Meter lang, 10 Meter breit) in den Kühlwasserkanal ein- und auslaufen und sich sogar ohne Probleme passieren. Und trotz all dieser deutlichen Indizien und obwohl noch während des Genehmigungsverfahrens in öffentlichen Reden von „Kaianlage mit 8 Liegeplätzen“ und „Hafen“ gesprochen wird, bewilligte das staatliche Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde am 21.12.2001 die „Sanierung des Kühlwasserkanals“ ohne mit der Wimper zu zucken. Herr Kühnemann berichtet, dass dieser Etikettenschwindel „von oben“ durchgedrückt wurde: „Der Wirtschaftsminister von Mecklenburg Vorpommern klammert sich an jeden noch so dünnen Halm auf dem ‚Arbeitsplätze‘ draufsteht. Und irgendwo müssen sie ja ihre üppigen Fördergelder rein pumpen.“

Auch sonst sind die Landesbehörden gnädig gestimmt und ziehen schon mal die Grenzen von Naturschutzgebieten aufwendig um die geplanten Gaskraftwerke herum, damit es später ja keine Probleme beim Genehmigungsverfahren gibt. „Die Berücksichtigung ökonomischer Kriterien bei der Abgrenzung von FFH-Gebieten, verstößt zwar gegen EU-Recht, aber es ist eben einer der vielen ‚Zufälle‘ in Lubmin“, so Frau Dr. Münchberger, Landesgeschäftsführerin des Naturschutzbundes (NABU) gegenüber dem *moritz*.

Der fünfte Hafen am Bodden, doch wozu?

Normalerweise wäre ein solcher Ausbau zu einer faktischen Hafenanlage nie genehmigt worden. Denn für eine Hafenanlage ist – im Gegensatz zu einem Kühlwasserkanal – ein aufwendiges Planfeststellungsverfahren nötig. Ein solches würde sich unter Beteiligung der Öffentlichkeit über Jahre hinziehen und erfordert umfangreiche Umweltverträglichkeitsgutachten. Außerdem hätte dann ja jemand denn Unsinn bemerken können, dass es am Bodden bereits vier andere Häfen gibt: Greifswald-Ladebow, Vierow, Peenemünde und Wolgast.

Ein paar Kilometer weiter sind außerdem Stralsund und Sassnitz-Mukran. Wozu also noch einer? Wo doch alle Häfen einen Mangel an

Umschlag beklagen und allerorten Industrie- & Gewerbegebiete veröden. Auch ein Beamter des Stralsunder Wasser- und Schifffahrtsamtes (Name der Redaktion bekannt) konnte uns diesen Wahnsinn nicht erklären: „Noch ein öffentlicher Hafen macht überhaupt keinen Sinn, aber das sind eben politische Entscheidungen.“

Wiederum: das einzige was Lubmin zum Unikat macht, ist sein Zwischenlager, welches jetzt als erstes und einziges in Deutschland auf dem Schiffswege zu erreichen ist.

Subventionsbetrug?

All das wäre wohl schon leidig genug, wenn die Atomlobby diesen Hafen nicht auch noch auf staatliche Kosten hätte finanzieren lassen. Dazu wurden – nach Meinung der Bürgerinitiativen – alle Register des Subventionsbetrugs gezogen.

Nachdem der Bundesrechnungshof von der Bürgerinitiative auf die Hafen-Pläne der EWN hingewiesen wurde, kappte es wohl den Geldhahn. Schließlich sollen die Geldmittel der Energiewerke Nord zum Rückbau der Kernkraftwerke, nicht zum Bau und Betrieb von Häfen, verwendet werden. Also brauchten man schnell eine neue Finanzierung und fand sie auf Landesebene: Millionenschwere Strukturfinanztöpfe für den „Aufbau Ost“. Doch diese stehen nur kommunalen Einrichtungen zur Verfügung, nicht privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen wie der EWN GmbH. Also wurden die Bürgermeister der drei Anliegergemeinden Lubmin, Krölin und Rubenow überzeugt, einen Zweckverband zu gründen, welche für die EWN die benötigten 29 Millionen Euro Fördersumme vom Land einfordern sollten.

Dafür musste der kommunale „Zweckverband Freesendorf“ (ZVF) jedoch Eigentümer des Grund und Boden sein, auf dem die Investition ablaufen. Also verkauften die EWN dem ZVF eine Teilfläche von circa 12,5 Hektar am Oberen Auslaufkanal. Doch der Zweckverband hatte kein Geld – schließlich haben die Haushalte der Mitgliedsgemeinden dafür keine Mittel. Wie der Zweckverband trotzdem die Flächen kaufen konnte, wollte uns Herr Gebhardt, Vorsitzender des Zweckverbands, auch nach mehrfachen Nachfragen, nicht verraten. Die

Geschäfte zwischen dem öffentlichen Zweckverband und dem Staatsbetrieb EWN sind natürlich geheim und gehen das gemeine Volk gar nichts an. Auf einer Versammlung von Gewerbetreibenden soll Gebhardt im Übereifer jedoch folgendes höchstmerkwürdige Finanzierungsmodell vorstellt haben: Um dem Zweckverband zu etwas Geld zu verhelfen, versprochen die EWN die Flächen später zu einem **höheren** Preis wieder abzukaufen und dafür bereits **heute** eine Anzahlung zu tätigen. Von dieser Vorauszahlung kaufte der Zweckverband jetzt die 12,5 Hektar von den Energiewerken. Alles klar? (Dem *moritz* liegt der Kaufvertrag zwischen den EWN & dem ZVF vom 18.12.2002 vor. Auch daraus ist das beschriebene Finanzierungsmodell herauszulesen.)

Die Abhängigkeit zwischen Zweckverband und EWN könnte nicht offensichtlicher sein. Laut dem Kaufvertrag halten die EWN übrigens weiterhin alle Nutzungsrechte am „verkauften“ Grundstück.

Mit den erworbenen Flächen konnte der kommunale Zweckverband jetzt die Fördergelder zum Bau des Hafens beantragen. Und die Landesregierung, der all diese Vorgänge bekannt sind, drückte alle Augen zu und zahlte bereitwillig – wohl in der vagen Hoffnung auf Arbeitsplätze. Die Bürgerinitiative ZLH reichte daraufhin Strafanzeige wegen Subventionsbetrug gegen die drei

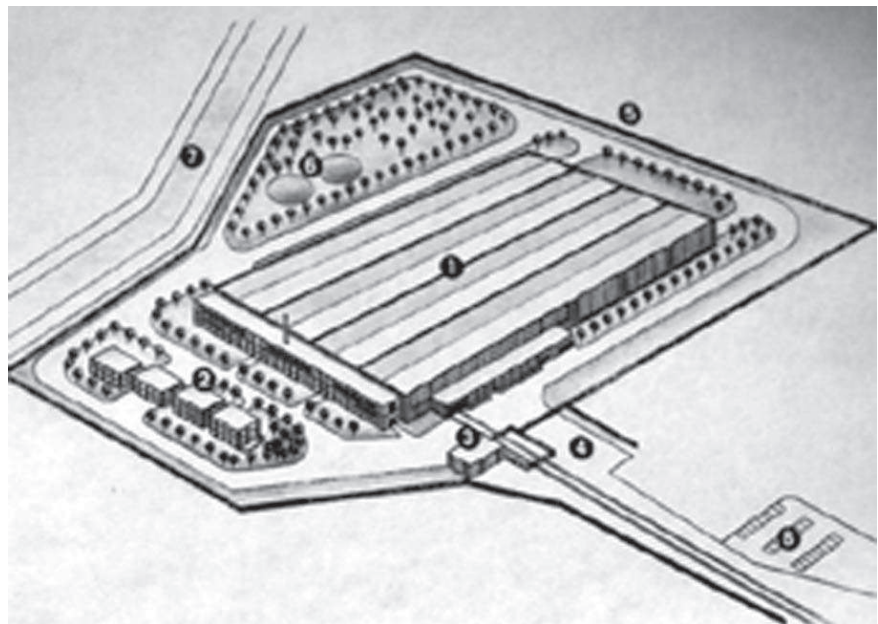
Bürgermeister, Dieter Rittscher und gegen Unbekannt (ein Mittelsmann im Wirtschaftsministerium) ein.

Die Staatsanwaltschaft Stralsund erklärte gegenüber dem *moritz*, dass die Anzeige jedoch wegen „fehlendem Anfangsverdachts“ nicht verfolgt wurde. Die BI jedoch hat in Erfahrung gebracht, dass die Staatsanwalt ausschließlich beim Wirtschaftsministerium nachgefragt hat, ob der Verdacht begründet sei. „Natürlich nicht, da das WiMi ja selbst beteiligt ist. Dabei hat die Staatsanwaltschaft immerhin festgestellt, dass alles sehr vernetzt und gegenseitig abgedeckt sei“, so Kühnemann.

Es überraschte dann irgendwie niemanden mehr, dass der Zweckverband die gesamte Projektsteuerung des Hafenbaus – ohne öffentliche Ausschreibung – direkt an die EWN vergeben hat. Die 58.000 Euro Auftragssumme ist ebenfalls bereits geflossen.

Folgekosten?

Doch all das ist nicht genug. Auf den Hafenbetreiber, den Zweckverband, könnten nun auch noch hohe Folgekosten zukommen. Die BI rechnet mit jährlichen Betriebskosten des Hafens (Abschreibung, Bewachung, Service, Ausbaggerung der Fahrrinne) in Höhe von mindestens einer Million Euro pro Jahr. Diese Kosten sollen durch die Liegegebühren der Schiffe und Wassereinführungsge-



Das Zwischenlager Nord (ZLN) steht auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks. Es wurde 1998 eröffnet und weckt bis heute viel Misstrauen. Mit 20.000 Quadratmetern ist es das größte Zwischenlager Deutschlands und noch immer ist viel Platz frei.

Grafik: EWN



Megadebatte: 1991 forderte die Atomlobby erstmals, in Greifswald schwachradioaktiven Atommüll einzulagern. Tausende Artikel, Leserbriefe, Politiker und Experten kritisierten diese Pläne. Die Atomlobby hat sich jedoch offenbar davon zu keinem Zeitpunkt beeindrucken lassen und ihre Strategie nie geändert. Collage: SJ, div. Zeitungsausschnitte & B-Plan EWN

bühren der Gaskraftwerke finanziert werden. Problem ist nur: bisher ist kein einziger Betrieb, geschweige denn ein Schiff da. Die Gaskraftwerk-Großinvestoren wie HEW, Vattenfall und Fortum sind inzwischen aus unterschiedlichen Gründen ausgestiegen. „Zur Zeit unfinanzierbar“ oder „kein Strombedarf auf dem deutschen Markt“ hießen die Begründungen. Lediglich eine acht Mann starke ausgelagerte „Concord Power Lubmin GmbH“ der HEW, ist noch mit der Planung eines Gaskraftwerkes beschäftigt. Doch selbst wenn über Nacht Genehmigungen & Finanzierung ständen und simultan mit dem Bau der Gaspipeline aus Brandenburg und dem Gaskraftwerk begonnen würde, ist laut OZ-Bericht nicht vor September 2007 mit dem ersten Regelbetrieb zu rechnen. Bis dahin wird sich beim Hafen-Zweckverband voraussichtlich ein Schuldenberg in Millionenhöhe auf-türmen. Wie uns Herr Gebhardt aber zu berichten wusste, ist dies kein Problem, da sich die EWN freundlicherweise bereit erklärt haben, diese Kosten für die nächsten 20 Jahre zu übernehmen. Dies würde dann tatsächlich die Gemein-

den finanziell entlasten, bestärkt aber noch einmal den Verdacht, dass in Wirklichkeit die EWN der Betreiber des Hafens sind. Der Zweckverband würde durch diese finanzielle Abhängigkeit zu einer Marionette, um Subventionsgelder zu erschleichen. (Auch dieser Sachverhalt geht aus dem Kaufvertrag zwischen Zweckverband und EWN hervor.)

Irreführung

Aber warum lassen sich die Lubminer zum Spielball der Mächtigen machen und wehren sich nicht? Das größte Problem ist, dass kaum ein Bürger richtig informiert ist. Gemeindevertretung und EWN proben eine gemeinsame Desinformations- und Irreführungspolitik. So wurde beispielsweise – bis zur Fertigstellung – in Zeitungsberichten und gegenüber den Behörden die Planung eines „Hafens“ heftig demen-tiert.

Und auch die in der Kommunal-verfassung vorgesehene „Einberu-fung der Bürgerversammlung bei allgemein bedeutsamen Angelegen-heiten“ wurde seit der turbulenten Vorstellung des B-Plans im Jahr

2000 nie wieder anberaunt.

Gäbe es die Arbeit engagierter Bür-ger nicht, wäre all dies bis heute ver-borgen geblieben. Doch bisher hat diese Informationen kaum jemand aufgegriffen. Bei den regionalen Medien, wie zum Beispiel der Ostsee-Zeitung (OZ) stößt die BI auf taube Ohren. EWN-kritische Redak-teure werden „zufällig“ mit anderen Aufgaben betret und allzu kritische Leserbriefe unterschlagen.

Verständlich, da doch die EWN regelmäßig großseitige Anzeigen in der OZ schaltet... Die überregiona-len Medien, wie der SPIEGEL, haben bereits mehrfach – zuletzt 1999 – über die Zwischenlagerpläne berichtet. Der Bau des Hafens und die Steuerverschwendung sind allerdings bisher noch nicht aufge-griffen worden. „Die politischen Magazine kommen doch erst, wenn die Investitionsruinen stehen“, meint Norbert Lang, Mitglied der „Bürgerinitiative Kernenergie Greifswald“, die schon seit 1990 gegen das Kernkraftwerk und seine Nachnutzung ankämpft.

Falls sich trotzdem ernstzunehmen-der Widerstand konstituiert, wird er von direkt oder über Helfershelfer abgeschmettert. Zwei Bürgerbegeh-

ren wurden von der Gemeindevertretung erst gar nicht zur Entscheidung zugelassen. Gerichtlich wurde in einem Fall bereits bestätigt, dass dies widerrechtlich geschah. Im Zweckverband ging man über 452 zum ersten und über 1845 Widersprüche zum zweiten Bebauungsplan hinweg. Lediglich sechs Minuten befasste sich der ZVF mit der Abnickung der Pläne.

Gekaufte & erpresste Politiker?

Warum aber ignoriert die Gemeindevertretung die augenscheinliche Mehrheit der Einwohner Lubmins? Nun – da ist beispielsweise der ehrenamtliche Bürgermeister Matthias Lietz. Dieser drohte uns mit „rechtlichen Konsequenzen“, wenn wir behaupten würden, dass er bei einem Tochterunternehmen der EWN eine Stelle hat. Also behaupten wir dies hier nicht. Wo er denn aber arbeitet, wollte er uns auch nicht verraten. So sind wir gezwungen, bei den kursierenden Mutmaßungen zu bleiben: Bei der EWN-Tochter soll er – wie passend – angeblich für die Standortvermarktung des EWN-Geländes zuständig sein. Wie Herr Lietz da zwischen objektiver Ortsvertretung und Standortvermarktung im Namen der EWN unterscheiden könnte, ist unklar. Bei unserem Gespräch hatte er jedenfalls leuchtende Augen, als er uns die Bebauungspläne vorstellte. Als wir ihn nach der Entwicklung Lubmins zum Tourismusstandort befragten, wischte er solche Optionen vom Tisch. So was sei doch „bloß

eine Illusion, von der niemand leben kann“.

Aber auch bei Gemeindevertretungsmitgliedern gibt es immer wieder finanzielle Abhängigkeiten zu den EWN. „Es gibt praktisch keine Firma hier vor Ort, die nicht direkt oder indirekt von den Aufträgen der EWN abhängig ist“, sagte uns sogar Herr Lietz. Doch es gab auch Gemeindevertreter, die sich nicht „kaufen“ ließen. Diese wurden dann laut Auskunft der Betroffenen eingeschüchtert, mit Arbeitsplatzverlust bedroht und regelmäßig schikaniert (Namen sind der Redaktion bekannt, werden aber auf Wunsch der Betroffenen hier nicht veröffentlicht).

Darüber hinaus, könnte die 1,3 Millionen Euro hohe Verschuldung der Gemeinde Lubmin gegenüber den EWN – die sich auf Grund einer falschen Steuerberechnung ergeben hat – und der „freundliche Rückzahlungsaufschub“ die einen oder anderen Bedenken zerstreuen.

Nötigung & Angst

Wenn die Bürgerinitiativen dennoch zu viel Schererei machen, kennt man auch andere Methoden, um allzu aktive Mitglieder ruhig zu stellen. So wurden einige Gewerbetreibende „zufälligen“ Steuerprüfungen unterzogen, in der BI aktive Handwerker durften plötzlich nicht mehr auf das Gelände der EWN. Es gab nächtliche Morddrohungen und einige Lubminer verloren sogar ihre Jobs (Namen & ausführliche Fallbeschreibungen sind der Redaktion bekannt, werden aber auf Wunsch

der Betroffenen hier nicht veröffentlicht). Dass hier bestimmte Personen die Hände im Spiel hatten, ist nicht nachweisbar.

Rosemarie Poldrack, frühere Vorsitzende der greifswalder BI, kann sich noch erinnern: „Als ich 1990 für die Abschaltung des Kernkraftwerks gearbeitet hatte, wurde ich mehrfach von verbitterten Kraftwerksmitarbeitern telefonisch – auch mit dem Leben – bedroht. Dort hatte sich eine unvorstellbare Wut angesammelt.“ Ob diese Stimmungen durch den Vorstand auf Betriebsversammlungen bewusst geschürt oder billigend in Kauf genommen wurden und werden, bleibt Spekulation.

Die wahren Interessen?

Bei so viel Verschleierung glauben viele Anwohner, dass wesentlich größere Interessen hinter dem Hafenbau von Lubmin stehen.

Geradezu konsequent ist es also, dass die EWN über ihre eigenen Pläne zur Nachnutzung des Geländes sehr viel zurückhaltender sprechen.

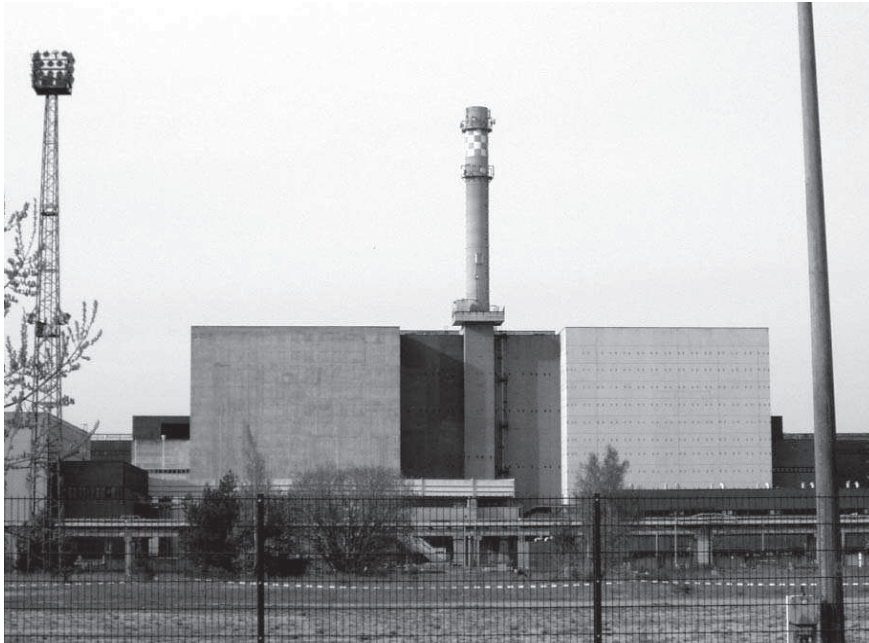
Dabei steckt im Zwischenlager Nord viel Potential. Im Gegensatz zu anderen Lagern, ist das ZLN auch eine Verarbeitungsfabrik. Hier kann schwach radioaktiver Müll gesägt, getrennt, und gepresst werden. Das spart Platz bei der Lagerung und somit auch viel Geld.

Seit 1998 hat das Zwischenlager eine Genehmigung Atommüll aus ganz Deutschland zwecks Verarbeitung für zwei Jahre „pufferzulegen“.



Es gibt keine absolute Sicherheit, wie dieser entgleister Castorzug in Frankreich zeigt. Welches Gefahrenpotential ein gesunkenes Schiff mit radioaktiver Fracht hat, ist nicht bekannt.

Foto: Greenpeace



Ehemaliges AKW Lubmin: Welche Pläne liegen in der Schublade?

Foto: nogo

Doch der Atomlobby reicht das nicht. Sie möchte Greifswald bereits seit 1991 zum „bundesweiten Zwischenlager“ ausbauen. (Zur Erklärung: da es in Deutschland derzeit keine Endlager gibt, gibt es zurzeit nur "bundesweite Zwischenlager", wie z.B. Gorleben.) Auch Atomlobbyist Dieter Rittscher verlangte damals im Namen der „Gesellschaft für Nuklear-Service“ öffentlich, dass das Greifswalder Zwischenlager auch für westdeutschen Atommüll ausgelegt werden müsste. 1995 wurde Rittscher dann Chef der EWN. Obwohl die Pläne für ein bundesweites Zwischenlager schnell dementiert wurden, wurde die ursprünglich angepeilte Kapazität von 200.000 Kubikmetern nie geändert. Aus diesem Grund sind die Kapazitäten im ZLN auch zum heutigen Zeitpunkt noch lange nicht erschöpft. Was Herr Rittscher wirklich will, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Und das ist es, was den Anwohnern die meisten Sorgen macht.

Jegliche Pläne zur längerfristigen Einlagerung von Fremdmüll streitet man heute bei den EWN heftig ab: „Für so was gibt es doch gar keine Genehmigung!“, so Manfred Meurer, Pressesprecher der EWN gegenüber dem *moritz*.

Doch Genehmigungen kann man ja holen... Der SPIEGEL deckte auf, dass Rittscher im Bonner Umweltministerium anno 1998 ursprünglich die *Zwischenlagerung* von Atommüll gefordert hatte - und

nicht nur die *Pufferlagerung*: „Rittscher hat sich vertrösten lassen. Aber die Zeit, meint der Profi, der schon Gorleben und Ahaus entwickelt hat, arbeite für ihn.“ (SPIEGEL: 9/1998)

Offenbar glaubt Rittscher, dass jetzt die Zeit, sechs Jahre nach diesem Antrag, gekommen sei. Vor kurzem nämlich beantragten die EWN die Verlängerung der Pufferlagerungszeit von zwei auf zehn Jahre. Warum heute plötzlich zehn Jahre notwendig sind, konnte man uns nicht plausibel erklären. Ein Zusammenhang zwischen diesem Antrag und der Fertigstellung des Hafens besteht natürlich nicht, sondern ist „völlig zufällig“.

Das Geschäft mit der Atommüllagerung

Die Lagerung von Atommüll bleibt ein lukratives Geschäft in denen es um Millionenbeträge geht. Dieter Rittscher ist schon heute Geschäftsführer des Zwischenlagers, welches, nach Abschluss der KKW-Rückbaumaßnahmen, privatisiert werden soll. Ein Goldesel, verfügt es dann doch sowohl über Technik, Lagerraum und einen Hafen.

Über diesen Hafen könnte dann schwachradioaktiver Müll aus den Wiederaufbereitungsanlagen herant transportiert werden. Ein Transport auf dem Schiffswege bietet sich aufgrund der hohen Mengen und den geringeren Kosten an. Sollte tat-

sächlich Atommüll nach Lubmin transportiert werden, wäre es dann sogar von Vorteil, wenn keine Betriebe im Hafen sind. So könnten auch lange Schiffsblockaden zum Beispiel von Greenpeace ohne wirtschaftliche Folgekosten bleiben. Eine nur eintägige Blockade beispielsweise des Hamburger Hafens hingegen könnte durch den Umschlaggüterausfall Millionenkosten verursachen. Außerdem gibt es in der Region, bedingt durch die enge Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Kernkraftwerk (siehe Artikel „Wohnungsbau im Zeichen des Kernkraftwerks“), bislang kaum Widerstand. Beim bisher einzigen Castortransport von Rheinsberg nach Greifswald im Jahr 2001 standen lediglich 24 Demonstranten rund 12.000 Polizisten gegenüber.

Gerüchte & Gemeinniskrämerei

Und so bleibt Lubmin ein Ort für Gerüchte. Manchmal taucht darin auch der Fusionsforschungsreaktor „ITER“ auf. Auch die Pläne von Teilen der CDU, zusammen mit den Franzosen in Lubmin ein neues, modernes KKW zu bauen, scheinen nicht endgültig vom Tisch zu sein. Außerdem hat Russland angeboten, deutschen Atommüll zu kaufen. Ein Transport über die Ostsee wäre dafür jedoch zwingende Voraussetzung. Ob etwas Wahres dran ist, bleibt den Augen der Öffentlichkeit verschlossen, da man bei den EWN nicht sehr gesprächig ist.

Als wir einige Fragen an die Energiewerke schrieben, antwortete man uns: „Ihr Informationsbedarf entsprechend der E-Mail [vom] 5.5.2004 geht nach unserer Meinung weit über das übliche Maß zur Information der Bevölkerung hinaus [...]“. Zudem mussten wir uns schriftlich verpflichten, dass wir den Artikel vorher von Herrn Rittscher genehmigen lassen, wenn wir die Auskünfte der EWN verwenden wollten. Da die „geheimen“ Informationen im Grunde nach ziemlich belanglose Umgehungen unserer eigentlichen Fragen waren, bedankten wir uns, und verzichteten auf die Verwendung in diesem Artikel. Ist all dies nur eine Kette von „Zufällen“? Oder lässt sich daraus ein System, gar ein großer Plan herauslesen?

Firma Strahlemann und Söhne

Vom Kernreaktor der Saurier zum Atomausstieg

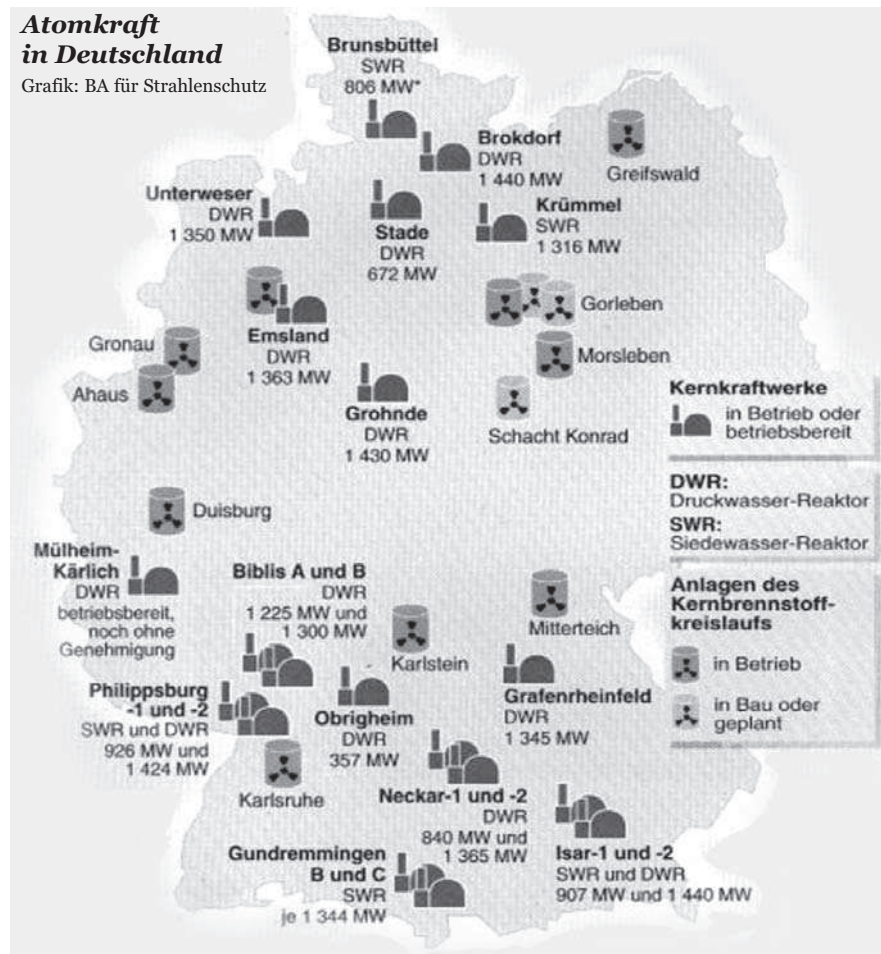
Alles begann unter der Tribüne eines Fußball-Stadions in Chicago. Hier baute Enrico Fermi 1942 den ersten technischen Kernreaktor der Welt. Fermi konnte nicht ahnen, dass er mit seinem Experiment lediglich ein natürliches Phänomen nachvollzogen hatte, denn Funde im afrikanischen Gabun beweisen, dass es bereits vor zwei Milliarden Jahren "Reaktoren" gab, in denen Kerne des Uran-Atoms U-235 gespalten wurden und Wärmeenergie entstand.

In Deutschland fiel die politische Entscheidung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in den sechziger Jahren. Hauptgrund damals: Die Erzeugung von kostengünstigem Strom in großen Kraftwerksblöcken. Die Kernkraftwerke Würzhausen und Stade (beide in Niedersachsen), die Anfang der siebziger Jahre ans Netz gingen, waren die ersten kommerziellen Kernkraftwerke der BRD. Fast vierzig Jahre belieferten die KKW deutsche Haushalte mit ihrem „sauberen“ Strom. Umweltorganisationen warnten indessen vor den nicht abschätzbaren Folgen der Atomenergie.

Im Jahre 1998 hatte dann für die Atomenergie in Deutschland das letzte Stündlein geschlagen. Am 14. Juni 2000 unterzeichneten Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen einen Vertrag zur "geordneten Beendigung der Kernenergienutzung", in dem eine Restlaufzeit der Kernkraftwerke von etwa 32 Jahren festgelegt wurde. Und auch hier wurde Stade Vor-

Atomkraft in Deutschland

Grafik: BA für Strahlenschutz



reiter: Es wurde als erstes KKW des Vertrages im vergangenen Jahr abgeschaltet.

Doch nach dem Ausstieg ist es mit den strahlenden Aussichten für die Zukunft noch nicht vorbei. Kraftwerke müssen abgebaut und Atommüll eingelagert, Endlager gesucht und ausgebaut werden. Zudem laufen Verträge mit Aufbereitungs-

anlagen in anderen Ländern noch immer weiter. Es bleibt auch die Frage, woher der Strom in Zukunft kommen soll, denn alternative Verfahren zur Erzeugung von Energie sind bei weitem noch nicht in der Lage, die Produktivität der Atomkraftwerke zu ersetzen. Vieles bleibt also offen.

Kai Doering

STUDENTENREISEBÜRO

- > Last-Minute-Reisen
- > Gruppenreisen
- > Sprachreisen
- > Exkursionen
- > Maritime Reisen
- > Studentenflüge

www.goAtlantis.de

Mensa am Wall • 17489 Greifswald
 Tel. 0 38 34 • 89 49 07 Fax 89 49 09
info@goAtlantis.de

REISEN. INDIVIDUELL.

Castor ohne Pollux

■ Castor, Gorleben und Super-Gau – alles Begriffe, von denen man schon mal irgendwie im Zusammenhang mit Atomkraftwerken gehört hat. Hier ein kleiner Überblick, was sich hinter diesen und einigen anderen Ausdrücken verbirgt.

Abfälle, radioaktiv: Hier denkt jeder zunächst an abgebrannte Kernelemente (stark radioaktiv). Diese machen jedoch nur einen sehr geringen Teil aller radioaktiven Abfälle aus. Weit größer ist die Menge an Stoffen, die z.B. in der Kernmedizin oder bei der Reinigung von Kernkraftwerken anfallen (schwach radioaktiv). Radioaktive Abfälle müssen in speziell ausgesuchten und vorbereiteten Zwischen- bzw. Endlagern aufbewahrt werden.

Abklingbecken (auch: Nasslager): Dies ist ein mit Wasser gefülltes Becken, in dem Brennelemente nach dem Reaktoreinsatz so lange lagern, bis Aktivität und Wärmeentwicklung auf einen bestimmten Wert abgenommen haben.

Brennstab: Geometrische Form, in der Kernbrennstoff, ummantelt von Hüllenmaterial, in einen Reaktor eingesetzt wird; meist bilden mehrere Brennstäbe ein Brennelement

Castor: Hat nichts mit den mythologischen Brüdern Castor und Pollux zu tun, sondern steht für *Cask for storage and transport of radioactive material*. Es handelt sich also um einen Behälter für den Transport und die Lagerung abgebrannter Kernelemente.

Endlagerung: Wartungsfreie, zeitlich unbegrenzte und sichere Beseitigung von radioaktiven Abfällen ohne beabsichtigte Rückholbarkeit. In Deutschland wird die Lagerung in tiefen geologischen Formationen als die beste Lösung angesehen. Bisher ist die ehemalige



Ein Castorwagen auf dem Gelände des AKW Lubmin.

Foto: nogo

Schachthanlage "Konrad" bei Salzgitter als zentrales Endlager im Gespräch.

GAU: "Größter Anzunehmender Unfall". Dies ist ein Begriff aus der Reaktorsicherheit, der jedoch heute durch den "Auslegungsstörfall" ersetzt wurde.

Gorleben: Am Standort Gorleben in Niedersachsen werden ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente sowie ein Endlager für schwachradioaktive Abfälle betrieben.

Kernkraftwerk: Wärmekraftwerk, überwiegend zur Stromversorgung, bei dem die bei der Kernspaltung in einem Reaktor freigesetzte Energie in Wärme und über einen Wasser-Dampf-Kreislauf mittels Turbine und Generator in elektrische Energie umgewandelt wird.

Kettenreaktion: Der radioaktive Zerfall ist eine Energieabgabe aus spaltbarem Material. In der Natur liegt z.B. Uran als ein Gemisch aus den Isotopen U-235 und U-238 vor. U-235-Kerne haben die Eigen-

schaft, bei Kontakt mit Neutronen zu zerfallen, wobei neben Energie auch 2 bis 3 Neutronen abgegeben werden. Diese wiederum können neue Kernzerfälle anregen und damit eine Kettenreaktion auslösen. Bei der **unkontrollierten Kettenreaktion** erhöht man die Anzahl der radioaktiven Isotope, so dass innerhalb kürzester Zeit alle U-235-Kerne umgesetzt und große Mengen Energie freigesetzt werden. Diesen Prozess nutzt man bei **Kernwaffen**.

Um aus der Kernspaltung im KKW Energie gewinnen zu können, muss man nun eine **kontrollierte Kettenreaktion** erreichen, bei der die Anzahl der Neutronen- bzw. Kernzerfälle konstant bleibt. Dies wird erreicht, indem man den Anteil der radioaktiven Isotope verringert und die Brennelemente mit einem Material umgibt, das die Neutronen absorbiert, bis nur noch ein Neutron pro Zerfall eine neue Spaltung auslöst.

aliG, ring





Gangs of „New York“: moritz erkundet das AKW-Gelände.

Alle Fotos: nogo

Im Herzen des Reaktors

Faszination Atomkraftwerk: *moritz* besuchte das ehemalige AKW Lubmin und war von dessen Ausstrahlung fasziniert / Von Juliane Hesse und Norman Gorek

■ An sich zieht es den Menschen in seiner Freizeit hinaus in die Natur. Grüne Wiesen, dichte Wälder und frische Luft bieten eine willkommene Abwechslung zum Alltag, der sich für manche gar in überfüllten Seminaren oder langweiligen Vorlesungen äußert. Von Zeit zu Zeit aber sucht der Mensch eine andere Art der Abwechslung, besonders wenn er ohnehin in einer schönen Stadt am Bodden lebt und der Frühling die Strandparties einläutet. Dann ist es weniger die Natur, die anziehend wirkt, sondern das krasse Gegenteil. Vielleicht die Seitenstraßen und abgelegenen Viertel einer Großstadt? Furchtsam schweift hier der Blick durch düstere Gassen. Dunsterfüllte Beton-schluchten, in denen die Feuchtig-

keit lungert und wo sich der Dampf seinen Weg aus der Kanalisation sucht, lassen Szenen aus den Mafiaepiken des Martin Scorsese vor dem inneren Auge entstehen.

Die *moritz*-Redaktion jedenfalls entdeckte jüngst ihre Faszination für das Endzeitliche und brauchte dafür von Greifswald aus nicht einmal lange zu fahren, denn Lubmin liegt gleich um die Ecke. Im dortigen Atomkraftwerk lernten wir eine ganz andere Seite des ländlich-idyllischen Mecklenburg-Vorpommern kennen. Nebenbei erfuhren wir fast alles, was wir über Atomkraft wissen wollten und kamen beim Anblick der Dimensionen nicht mehr aus dem Staunen heraus. Schon bei der Anfahrt wird das Ausmaß des AKW-Geländes deut-

lich. Riesengroß erhebt sich die Anlage über die ansonsten karge Heide- und Waldlandschaft. Etliche gigantische Beton- und Stahl-ungetüme, umgeben von hohen Sicherheitszäunen, konfigurieren sich vor den Augen des womöglich gar mit atomkraftkritischem Gedankengut vorbelasteten Betrachters zum beängstigenden Bild eines kontaminierten Industriemonsters.

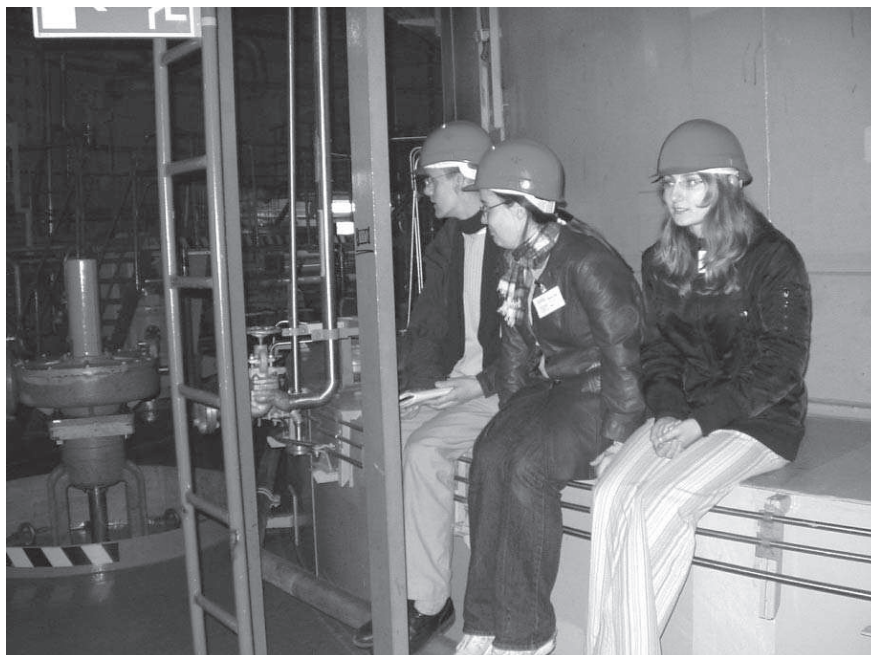
Am Eingang des Atomkraftwerks werden wir von Leonhard Bienert in Empfang genommen. Der passionierte Sachkundige macht zu Beginn in einem etwa einstündigen Vortrag deutlich, dass besagte Vorurteile unbegründet sind. Unter Zuhilfenahme etlicher Tageslichtprojektorfolien gibt Bienert zunächst geschichtliche Daten,

dann technische Basics und Besonderheiten des Lubminer Werks an die interessierten Laien weiter. Nach der theoretischen Einweisung ist es dann endlich soweit. Die *moritz*-Redaktion erhält noch einen persönlichen Sicherheitsmann als Begleitung und wird durch die streng kontrollierten Schranken auf das eigentliche Betriebsgelände losgelassen. Wir finden uns in "New York" wieder. So wird das Gelände unter den Mitarbeitern genannt, da die Straßen durchnummeriert sind. (Womit wir wieder bei Martin Scorsese wären.) Entlang einer großen Hauptstraße verlaufen unzählige überirdische Leitungen. Das industrielle Flair unterstreichend steigt Dampf aus Schächten im Boden.

Technische Superlative

Wir steuern "Block 6" an, dem Teil der Anlage, der nie in Betrieb war und deshalb bedenkenlos betreten werden kann. Vor der Eingangstür des Blocks sind zur Einstimmung ein gigantisches, komplett aus bestem Edelstahl gefertigtes ("denn das war bei den Russen so üblich") Rohrteil und ein Teil des Reaktors aufgestellt, die trotz ihrer einzig technischen Relevanz wie Objekte einer Ausstellung für moderne Kunst anmuten.

An der winzigen Tür des fast 30 Meter hohen Meilers angekommen, brennen wir nun darauf, in das Wunderwerk eingelassen zu werden. Da nichts über Sicherheit geht, bekommen alle Moritze einen signalroten Schutzhelm verpasst, was besonders den Autor dieses Artikels freut („Wenn Gerhard Schröder einen Betrieb besucht, hat er auch immer so einen auf!“) Vor sämtlichen Gefahren gefeit passieren wir die erste von drei Schleusen und befinden uns im Inneren des Kolosses. Schon der erste Raum besticht durch technische Superlative. Auf etwa 40 Quadratmetern winden sich unzählige ineinander verschlungene, fingerdicke Metallrohrleitungen, die mit Messuhren und Hebeln bestückt sind. Wer soll da durchblicken? Aber es handelt sich ja bloß um einen Kontrollraum. Auf dem Weg zum eigentlichen Ort des Geschehens, der an riesigen Kühl- und Pumpsystemen vorbeiführt, müssen wir die zweite Schleuse passieren.



Die drei Moritze vo(r)m Grill: Der Kernreaktor als bequemer Rastplatz.



Bruno Leuschner (1910 – 1965) war als KPD-Mitglied im Widerstand gegen die Nazis aktiv. Später bekleidete er in der DDR diverse Staatsämter.



Potentielle Club-Location: die Luftfalle.



Wer hat am Ventil gedreht? Heute verursacht der moritz mal keinen GAU.

Zu "aktiven Zeiten" haben sich hier die Arbeiter in die Kraftwerkskluft geschmissen, die nicht nur aus schützenden Overalls bestand, sondern bis hin zu der Unterwäsche vorgeschrieben war. Laut Leonhard Bienert hatten die weiblichen Mitarbeiter jedoch ein Problem: Die BHs waren russische Modelle und haben den deutschen Arbeiterinnen aus nicht näher spezifizierten Gründen nur schlecht bis gar nicht

gepasst. Das Modell eines Arbeiters in AKW-Kluft, komplett mit Schutzmaske und Helm, erregt die Aufmerksamkeit des Autors. Schon muss ihn eine *moritz*-Mitarbeiterin in Kumpelpose mit dem Pappkameraden fotografieren. Unser Instrukteur Bienert scheint das erwartet zu haben: "Dieses Modell zieht Spaßvögel magisch an." Nun wird es aufregend: über lange, mit gleißendem Licht beleuchtete Gänge gelangen wir in den unteren Teil des 15 Meter hohen Reaktors und werden über die hier stattfindenden Mess- und Kontrollfunktionen informiert. Eine kleine Fotoausstellung hilft, etwas besser durch die schwierigen Sachverhalte durchzusteigen.

Danach geht es über verzweigte Treppen, Rampen und enge niedrige Gänge, die komplett aus Metall sind und daher für eine Geräuschkulisse der besonderen Art sorgen, in einige andere mit verständlicher Technik vollgestopfte Räume wie den Pumpenringraum, die Ventilkammer und dem Lüfterraum. Auf dem Weg zum Reaktor kommen wir

desweiteren an einem Bedienerkorridor entlang, in dem an die 30 Ventilarmaturen zum Drehen angebracht sind. Diese muten zwar etwas bedienungsunfreundlich an, wären aber laut unseres Begleiters durchaus auch von den "braunäugigen schönen Frauen" der *moritz*-Redaktion zu bedienen.

Die nächste Etappe führt vorbei an der aufschlussreichen und amüsanten Fotoausstellung "Fotos eines Arbeitstages von Egbert W.", bei der die mannigfaltigen Aufgaben an diesem außergewöhnlichen Arbeitsplatz mit Bildern und Schnappschüssen eines sympathischen Kraftwerkers dargestellt werden.

In Stahlgewittern

Als die Heiterkeit wieder ehrfürchtigem Schweigen gewichen ist, kommen wir zum Highlight der Tour: dem Reaktor. Umgeben von Rohren, Pumpen, Schächten und einem ganzen Batzen anderer Gerätschaften steht er in der Mitte eines runden Saals.

Als Leonhard Bienert noch die Funktionsweise des Reaktors erklärt, stecken einige Moritze schon ihre Nase in die kleine, an eine Ofentür erinnernde Öffnung an der Außenwand des Reaktors. Der professionelle Tutor Bienert lässt sich erweichen: "Wenn's nicht allzu lange dauert, können sie auch einmal hineinkriechen." Also krabbeln die ganz mutigen Redakteure durch einen Schacht in die Reaktorkammer, dorthin wo sonst den Brennstäben die Neutronen um die Ohren fliegen. Drinnen tut sich ein schummriger, turmartiger Raum auf, der von kreisförmig angeordneten Stahlstiften durchzogen ist. Überwältigt von der Technik und dem Gedanken an die tödliche Gefahr, die eigentlich von dieser Stätte ausgehen müsste, kommt eine andächtige Stimmung auf.

Diejenigen unter uns, die sich nach dem Besuch im Herzen des Reaktors noch immer Gedanken über Sicherheitsfragen machen, können sich im Anschluss daran von den enormen Vorkehrungen überzeugen. Was also, wenn "in 15.000 Jahren" (Bienert) eines der extrem stabilen Stahlrohre, durch die 300°C heißes Wasser unter Druck hindurchgeleitet wird, bersten und der verseuchte Dampf austreten sollte? Der Dampf würde in soge-



nannten "Wassertassen" kondensiert werden und die Luft in "Luftfallen" gesaugt werden. Als wir eine dieser bestimmt 300 Quadratmeter großen und 7 Meter hohen Metallkammern betreten, haut uns das schier um. Ein so riesiger leerer Raum, der nur im Falle des Falles "benutzt" würde! Einige vorwitzige *moritz*-Redakteure aber schmieden bereits Pläne, wie man daraus einen neuen In-Club machen könnte. Gleichmaßen von der langen Reise durch das Labyrinth aus Stahl ermüdet wie von den Dimensionen erschlagen, treten wir nun den Rückweg an, der über lange Strecken über Gitterböden verläuft, unter denen der Abgrund klappt. Für die ganz Ängstlichen sind selbstgezeichnete Bilder an der Wand aufgehängt, denen man eher als dem Nichts unter sich seine Aufmerksamkeit schenken sollte.

Annäherungen

Als wir wieder ins Freie gelangen, erscheinen uns die vorher so unheimlich anmutenden Äußerlichkeiten der Anlage nicht mehr befremdlich. Es hat eben alles seine Funktion. Die Sicherheit ist in hohem Maße gewährleistet und das bisschen Atommüll im ebenfalls sicherheitstechnisch unübertrefflichen Zwischenlager scheint auch nicht extrem bedrohlich. Ganz selbstverständlich nehmen wir die parkenden Castor-Tieflader in einer Seitenstraße zur Kenntnis.

Für diesen Tag sind wir im positiven Sinne „bedient“ und wollen heute weder Nutzen noch Gefahr hinterfragen. Kritiklos überzeugt von dieser Form der Energiegewinnung ist von uns wahrscheinlich kaum jemand. Wir haben aber einen Eindruck von den Gefühlen und der Leidenschaft, die viele Menschen für das Atomkraftwerk Lubmin hegen, bekommen und können nun den Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern vielleicht besser nachvollziehen. Auf jeden Fall haben wir einen Einblick in eine Welt erhalten, die für die meisten von uns von Grund auf schändlich behaftet, aber gleichzeitig auch unglaublich fern und unverstanden ist.

moritz dankt Herrn Leonhard Biebert für die interessante Führung und dem Fahrdienst der Uni für einen schnellen Hin- und Rückweg.



Industrieromantik.



Nun aber nichts wie raus hier!

Wohnungsbau im Zeichen des Kernkraftwerks

Nach einem schweren Start in den 50er Jahren entwickelt sich Greifswald ab Mitte der 60er Jahre zum Industriestandort / Von Ulrich Kötter

■ Nach dem zweiten Weltkrieg hatte Greifswald mit vielen Problemen zu kämpfen: In den umliegenden Dörfern und in der Stadt selber kamen tausende Flüchtlinge aus den Gebieten östlich der Oder an – überwiegend Frauen und Kinder. Greifswald als einzige unzerstörte Stadt in der Region hatte im Herbst 1945 mit 70.000 Einwohnern fast die doppelte Anzahl als vor dem Krieg. Die Bevölkerung verteilte sich in den Folgejahren wieder, die Wohnungsnot blieb jedoch ein Kennzeichen bis Anfang der 60er Jahre.

Der Wunsch Greifswalds, sich in der frisch gegründeten DDR als zweites Zentrum neben Rostock zu etablieren, ging nicht in Erfüllung. Das Geld für den Wiederaufbau floss in die zerstörten Städte der Umgebung.

Zeitzeuge Alfred Wohlrab kam 1958 nach Greifswald und wohnte zunächst in der Innenstadt. Von einer Zeit des Mangels mag er zwar nicht sprechen: „Verhungert ist niemand und was an Nahrungsmitteln da war, wurde verwertet.“ Dennoch charakterisiert er die 50er Jahre als „ärmlich“.

len Arbeiterwohnungsgenossenschaft (AWG) zusammengelegt. Das Genossenschaftskonzept gefiel der SED und trat nicht in Konkurrenz zum staatlichen Wohnungsbau.

Der gewöhnliche Arbeiter war auf die Wohnungskommission seines Betriebes angewiesen. Dort wurden von Ehrenamtlichen überwiegend nach sozialen Kriterien die Wohnungen an die Mitarbeiter verteilt. Die städtische Kommission für Wohnungszuweisungen verteilte als übergeordnete Instanz die sogenannten „Wohneinheiten“ („WE“) an die Betriebe. Dass bei der Wohnungsvergabe auch politische Kriterien eine Rolle gespielt haben, möchte Alfred Wohlrab nicht ausschließen – aufgefallen ist ihm das jedoch damals nicht.

Der großangelegte Wohnungsbau begann an der Franz-Mehring-Straße, um den Rosengarten herum und an der Walther-Rathenau-Straße sowie ab 1956 im „alten“ Ostseeviertel östlich des Stadions. Von 1960 bis 1967 wurde die Südstadt zwischen Anklamer Straße, Hans-Beimler-Straße und

Karl-Liebknecht-Ring errichtet. 1961 zog Alfred Wohlrab mit Familie an den Karl-Liebknecht-Ring. Er erinnert sich: „Als Genossenschaftsmitglied hatte man eine Sollzahl an Aufbaustunden zu verrichten. Für eine 4-Zimmer-Wohnung mussten 590 Arbeitsstunden verrichtet werden – neben der gewöhnlichen Arbeit am Sonnabend Nachmittag oder Sonntag.“ Entweder verrichteten die Mitglieder „Bauhilfsarbeiten“ oder gestalteten die Grünflächen vor ihren Häusern. Zum Teil wurden zuerst die Häuser und dann erst die Infrastruktur mit Unterstützung der neuen Bewohner gebaut.

Das alte Ostseeviertel und die Häuser an der Rudolf-Petershagen-Allee wurden noch in traditioneller Bauweise hergestellt, während man in der Südstadt die Blockbauweise erprobte. Dort wurden Teile eines Wandstückes vorgefertigt geliefert und mittels Kran Stück für Stück zusammengesetzt.

Ebenso neu war das Wohnkonzept an der Petershagen-Allee: In den Flachbauten zum Rosengarten hin

Wohnungsnot

Die Wohnungsnot war unverkennbar; es fehlten die Baukolonnen. „Ich bin noch vor dem Einwohnermeldeamt zuerst zur Wohnungsgenossenschaft gegangen und dort eingetreten“, erinnert sich Wohlrab. „Dort kam der an eine Wohnung, der frühzeitig eingetreten war.“ Seit 1954 gab es in der Stadt vier neu gegründete Wohnungsgenossenschaften – so zum Beispiel eine für die Reichsbahnbediensteten oder auch eine für Angehörige der Universität. 1958 wurden sie wie überall in der DDR zu einer zentra-



Das „Baukastenprinzip“ in Schönwalde I: Plattenbauten am Dubnaring / Loissiner Wende.

Fotoquelle: Biederstedt, Rudolf u.a.: Greifswald. Rostock 1973



Harry Tisch, erster Sekretär der Bezirksleitung Rostock, eröffnet das NEG.

Fotoquelle: Biederstedt, Rudolf u.a.: Greifswald. a.a.O.

waren Lebensmittelgeschäfte und Kneipen untergebracht, so dass man zu Fuß alles bequem erledigen konnte. Die Grundlage für eine langsame Abwanderung aus der verfallenden Innenstadt war gesetzt.

Aufbruchstimmung

Im Jahr 1964 war beschlossen worden, Greifswald durch forcierte Industrialisierung aufzuwerten und den Rückstand durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen aufzuholen. Ein Jahr später fiel die Standortentscheidung für das „Kernkraftwerk Nord“ in Lubmin und ab April 1967 wurde das Nachrichtenelektronikwerk Greifswald (NEG, heute teilweise Siemens) errichtet. Die Investitionen waren dringend nötig, um den Wohnungsbau endlich anzukurbeln. 1967/68 wurden die Stadtteile Schönwalde I und II entworfen. Schönwalde I sollte schwerpunktmäßig den Mitarbeitern des KKW und ihren Familien vorbehalten sein, weniger den Bewohnern der Innenstadt. Das NEG sollte die Arbeitsplätze für die verhältnismäßig vielen Frauen im Kreis bieten und die Ehefrauen der im KKW beschäftigten Bauarbeiter und Spezialisten auffangen. Man strebte gar eine Verdoppelung der Einwohnerzahl der Stadt bis 1980 an. Die Universität sollte einen technischen Schwerpunkt aufbauen, eine

neue Mensa sowie Studentenwohnheime und ein Großklinikum wurden entworfen. Dafür sollte auch alte Stadtsubstanz weichen. Ab 1968 wurden die Maßnahmen unverkennbar: Greifswald bekam eine moderne Straßenanbindung nach Stralsund und Lubmin, eine Eisenbahnstrecke nach Lubmin wurde gebaut. Der Haltepunkt Greifswald Süd entstand.

Die Geburtsstunde der Greifswalder Platte

Das Plattenwerk des Kombinats Wohnungsbau spezialisierte sich nach seiner Eröffnung im Januar 1969 auf Bauplatten für Wohn-

häuser. Die Platten wurden auf einem wackeligen Feldbahnsystem zu den Baustellen transportiert. Nicht wenige der bis zu 6 Tonnen schweren Platten, die mit der Spitze gegeneinander auf den Loren standen, fielen herunter. Das Plattenwerk lieferte Wände, Decken und die sogenannten Feuchtzellen – komplett gefliest und mit Badewanne. Die Abteilung Tiefbau des Kombinats schachtete die Fundamente aus, die Abteilung Wohnungsbau „setzte“ die Häuser „zusammen“ und die Abteilung Ausbau kümmerte sich um die Einrichtung. Schönwalde I wurde „auf der grünen Wiese“ errichtet, vorher gab es dort Kleingärten, Koppeln und Wiesen. Der Bereich von Schönwalde II war vormals eine große Obstplantage der Universität.

Der Name „Schönwalde“ hängt mit den Dörfern Groß und Klein Schönwalde zusammen und nicht zuletzt erinnert der Wortbestandteil „walde“ an „Greifswald“.

Ende 1964 hatte Greifswald rund 47.500 Einwohner, im Jahr 1977 waren es schon rund 60.000. Das Kombinat Wohnungsbau stellte bis 1977 rund 1000 Wohnungen im Jahr fertig, dennoch reichte das Platzangebot nicht. Findige Kombinatsumitarbeiter bauten bei Eigenbedarf Kellerräume zu Wohnungen um oder bauten Dachgeschosse der älteren Häuser mit Spitzdach aus. Ab 1973/74 begann der Aufbau von Schönwalde II und wurde rund 4 Jahre später abgeschlossen. Die Universität erhielt an der Makarenkostraße vier neue Studentenwohnheime und als „Mehrzweckbau“ die „Kiste“.



Faszination Kernkraftwerk Lubmin: Postkarte der „Großbaustelle der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“.

Foto: EWN-Archiv

Rund 30.000 Menschen lebten jetzt in den Neubauvierteln. Die Menschen verließen endgültig die unbewohnbare Altstadt und es entwickelte sich ein vom Arbeitsrhythmus geprägtes Alltagsleben in den Neubausiedlungen.

Die Werkbahn von Greifswald Süd nach Lubmin fuhr mit ihren Doppelstockwagen zur KKW-Baustelle hinaus und war immer voll besetzt. Von den höheren Etagen der Häuser aus glichen die Schönwalder Magistralen zu den Stoßzeiten einer „Ameisenstraße“. Die Zugfahrt nach Lubmin blieb kostenlos, so dass auch viele Touristen im Sommer nach Lubmin an den Strand fuhren. Die Arbeitskräfte für den Kraftwerksbau kamen noch überwiegend aus der Region. Der Einzugsbereich des KKWs reichte von Stralsund über Grimmen, Demmin und Anklam bis nach Usedom. Die vielen Spezialisten wurden aus der ganzen DDR angeworben.

Ein bescheidener Wohlstand kehrte in Greifswald ein, 1973 wurde das

wenn es weniger Gemeinsamkeiten gab.“ Insgesamt hätten sich die Menschen gerade in Schönwalde I doch sehr wohl gefühlt, weil es städtebaulich mit dem meisten Grün am besten gelungen sei. Ein Patenschaftsvorhaben für Bäume ebte jedoch ab und so blieben die Vorstädte dort eher öde, wo die nicht genossenschaftlich organisierte Bevölkerung wohnte.

Das Tempo stockt

Ab Mitte der 70er Jahre verlangsamte sich das Tempo der Baumaßnahmen, in den 80er waren Anzeichen der Stagnation unverkennbar: Die Stadt wuchs langsamer. Statt der geplanten 80.000 Einwohner war man nur bei 65.000 angelangt. Nicht nur das Bautempo in Lubmin stockte, auch der Verfall der Innenstadt konnte nicht aufgehalten werden. Dennoch hatte Alfred Wohlrab nicht das Gefühl, in der Luft zu hängen: „Wenn auch langsamer – es ging weiter. Sicher-

erprobte sparsamen Umgang mit Baustoffen. Das neue Ostseeviertel Parkseite entstand in sehr dichter Bebauung – man sparte Erschließungskosten

Niedergang nach der Wende

Mit der Wende 1989/90 und dem Beschluss vom November/Dezember 1990, das Kernkraftwerk Lubmin – inzwischen schon „Energiewerke Nord“ – stillzulegen und zurückzubauen, wurden in der Folgezeit mehrere Tausend Beschäftigte arbeitslos. Bis 1993 wurden rund 3.700 Spezialisten entlassen, daneben verloren circa 12.000 Montagearbeiter ihren Arbeitsplatz. 1990 protestierten etwa 6.000 Beschäftigte des KKW in Greifswald für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und eine Weiterführung des Betriebes. „Sicherlich ein Zeichen mangelnden Umweltbewußtseins“, erläutert Alfred Wohlrab, „aber es gab zu DDR-Zeiten eine äußerst

starke Technikgläubigkeit. Die Sicherheit stand durch den Volkseigentum-Gedanken scheinbar an erster Stelle und man war überzeugt, dass der Mensch die Natur beherrschen kann.“ Der Arbeitsplatzabbau ging nicht schlagartig vonstatten, etliche Beschäftigte konnten zunächst in ausgegründeten Zweigbetrieben des ehemaligen Kombinats weiterarbeiten. Einige der Ehemaligen zogen aufs Land, so dass die umliegenden Dörfer stark wuchsen. Wer das Geld für ein Eigenheim nicht hatte, blieb, wo er war. In die leer gewordenen Plattenbauwohnungen zogen unterdessen Familien ein.

Neue Bepflanzungen und Spiel- und Sportplätze in den Plattenbausiedlungen

haben zwar die Attraktivität an einigen Stellen gehoben, dennoch bleibt dem heutigen Betrachter ein gewisser Nachgeschmack. Überwiegend ältere Menschen auf den Straßen und an der Supermarktkasse, gefüllte Wartesäle im Arbeitsamt und hin und wieder eine junge Familie oder einzelne junge Leute, die durch eine der vielen modernen Einkaufspassagen rennen.



Schönwalder Impressionen: Der Glasbrunnen Ernst-Thälmann-Ring/Lomonossowallee Ende der 70er Jahre.

Foto: EWN-Archiv

Strandbad Eldena aufgespült, Kleingärten, die der Erholung dienten und staatlich gefördert wurden, schossen aus dem Boden. „Das Lebensgefühl war sehr anders als in der Südstadt“, erinnert sich Alfred Wohlrab, „Es gab hier viele unterschiedliche Altersgruppen und in den größeren Häusern auch deutlich mehr Mieter. Die Menschen waren insgesamt lockerer, auch

lich gab es Probleme, aber die waren den Menschen aufgrund der hohen sozialen Sicherheit vielleicht nicht so bewußt wie heute. Außerdem gab es immer wieder Spitzen, wie den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke.“ Dennoch: Dringende Bauvorhaben wie das Klinikum oder die Umgehungsstraße kamen nicht mehr voran und das Plattenwerk